



Reinhold Sendker

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Warendorf

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

Reinhold Sendker, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Katarina Barley MdB
Glinkastraße 24
11018 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75423
Fax 030 227 – 76523
reinhold.sendker@bundestag.de

Berlin, 05.03.2018

Vergabeverfahren für Online-Schuldnerberatungsstellensuche

Sehr geehrte Bundesministerin, liebe Frau Kollegin Barley,

zum Jahreswechsel 2017/18 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein Vergabeverfahren über den „Dienstleistungsauftrag zur Fortführung, Pflege und ständigen Aktualisierung einer Online-Adressdatenbank zu allen anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Deutschland“ durchgeführt.

Die Beratungsstellensuche soll Ratsuchende über eine bundesweit online gestellte Suchmaske bei der Ermittlung einer nahegelegenen Schuldnerberatungsstelle unterstützen.

Mittlerweile hat die ADN Schuldner- und Insolvenzberatung e.V., und damit ein zum Teil gewerblich agierender Schuldenregulierer, den Zuschlag erhalten.

Noch im Dezember 2017 hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz die hohe Bedeutung einer qualifizierten und unentgeltlichen Beratung überschuldeter Menschen unterstrichen. Zudem waren sich die Minister einig, dass eine Möglichkeit, der gesellschaftlichen Schuldenproblematik zu begegnen, die Stärkung der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung sei. Die jetzt im Raum stehende Entscheidung Ihres Hauses scheint zu diesen Zielen im klaren Widerspruch zu stehen. Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden für eine Auskunft, welche Gesichtspunkte bei der Auswahl des Anbieters eine Rolle gespielt haben.

Ein anderes Anliegen möchte ich an dieser Stelle gerne erneut aufgreifen.

Aus Anlass der Überschuldungssituation vieler deutscher Haushalte hatte ich mich bereits im Jahr 2015 an das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz gewandt und darum gebeten, einen festen Ansprechpartner für die Schuldnerberatung im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) zu etablieren. Zuständigkeitshalber wurde mein Schreiben damals an Ihr Haus weitergeleitet.



Reinhold Sendker
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit im Jahr 2006/2007 die Zuständigkeit des Familienministeriums für die Überschuldungsproblematik ersatzlos aufgekündigt wurde, hat die Schuldnerberatung im Bund keinen Ansprechpartner mehr. Die damaligen Überlegungen, die Zuständigkeit in den Ministerien (MMFSFJ, BMJ, BMAS, BMWi, BMELV) insgesamt neu zu regeln, wurden meines Wissens nach bislang nicht umgesetzt. Die bis dahin gut funktionierenden Organisationsstrukturen wurden gekappt. An der Überschuldungssituation privater Haushalte in Deutschland hat sich jedoch nichts geändert – sie ist nach wie vor dramatisch.

Am 4. März 2016 habe ich die Nachricht aus Ihrem Haus erhalten, dass das BMFSFJ Gespräche mit dem BMJV führe, damit in Zukunft beim Thema „Überschuldung/Schuldnerberatung“ auf Seiten der Bundesregierung für die beteiligten Akteure nur noch ein Ansprechpartner zur Verfügung steht. Seitdem habe ich keine weiteren Informationen erhalten und wäre ihnen für einen aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit sehr verbunden.

Ich bedanke mich vorab für Ihre Bemühungen und verbleibe mit freundlichen Grüßen
Ihr